STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FD 6/10 / Fachdienst 6/10 - Planung und Liegenschaften

Eilbeschluss

Datum: 02.11.2011

Drucksache Nr.: **11/0428**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss	22.11.2011	öffentlich / Vorberatung
Haupt- und Finanzausschuss	23.11.2011	öffentlich / Entscheidung
Rat	14.12.2011	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.: 306 "Johann-Quadt-Straße" für den Bereich Gemarkung Meindorf, Flur 5, nördlich der Johann-Quadt-Straße und östlich der Straße "Auf dem Hohen Ufer";

Beschluss über die erneute Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Im Wege des Eilbeschlusses gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung NRW beschließt der Haupt- und Finanzausschuss den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.: 306 „Johann-Quadt-Straße“ für den Bereich Gemarkung Meindorf, Flur 5, nördlich der Johann-Quadt-Straße und östlich der Straße „Auf dem Hohen Ufer“ einschließlich der Begründung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB verkürzt auf die Dauer von 2 Wochen erneut öffentlich auszulegen und die Beteiligung der berührten Behörden gemäß § 4a Abs. 3 BauGB durchzuführen. Stellungnahmen können nur zu den geänderten Teilen abgegeben werden.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan zu entnehmen.

Sachverhalt / Begründung:

Während der Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 306 „Johann-Quadt-Straße“ hat sich der Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Planung geäußert. Dieser hat dann keine grundsätzlichen Bedenken zur Planung, wenn die geplante Kindertagesstätte lediglich eine Rettungszufahrt erhält und dieser Zufahrt keine weiteren Nutzungen (also auch keine Stellplätze) zugefügt werden.

Diese Stellungnahme macht eine Änderung der Planung erforderlich, welche für die Kindertagesstätte in Bezug auf die Stellplatzfestsetzung, der Anbindung an die L 16 in Verbindung mit einer Erweiterung der Verkehrsfläche (besondere Zweckbestimmung Kurzparkerbucht) und Verschiebung des Fuß- und Radweges zu einer erneuten Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 306 führt.

Die Festsetzung der Stellplätze im Bereich der Gemeinbedarfsfläche (KITA) wird durch eine bedingte Festsetzung ergänzt. So sind gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB diese Stellplätze bis zum Zeitpunkt der Verlängerung der Ortsdurchfahrt im Abschnitt der Johann-Quadt-Straße im Sinne des § 5 StrWG NRW unzulässig. Bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes ist die Fläche lediglich als nicht überbaubare Fläche der Gemeinbedarfsfläche (Zweckbestimmung KITA) festgelegt.

Die gemäß BauONRW notwendigen Stellplätze für die Kindertagesstätte können außerhalb des Plangebietes auf einer städtischen Fläche entlang der Straße „Auf dem Hohen Ufer“ nachgewiesen und über Eintragung einer Baulast gesichert werden. Dies wird ebenfalls in dem mit dem Investor abzuschließenden Durchführungsvertrag aufgenommen.

Weitere Stellplätze stehen auf dem öffentlichen Parkplatz nördlich des Lichweges und westlich der Straße „Auf dem Hohen Ufer“ (Bebauungsplangebiet Nr.: 305 2. Ä.) zur Verfügung.

Darüber hinaus wird entlang der Meindorfer Straße (L 16) im Bereich der KITA die Festsetzung der Verkehrsfläche erweitert, um dort die planungsrechtliche Möglichkeit zu schaffen, im geringen Umfang öffentliche Parkflächen für Kurzparker zu realisieren. Diese Maßnahme führt gleichzeitig zur Verschiebung des Fuß- und Radweges nach Norden an die Grundstücksgrenze der KITA. Die Zufahrt/Anbindung des Grundstückes an die Johann-Quadt-Straße erfolgt ebenfalls über eine bedingte Festsetzung gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB. So ist bis zum Zeitpunkt einer Verlängerung der Ortsdurchfahrt diese Zufahrt Rettungsfahrzeugen und Versorgungsfahrzeugen vorbehalten.

Auf Grund der vorgenannten Erläuterungen der Änderungen wird die erneute Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.: 306 „Johann-Quadt-Straße“ erforderlich. Die erneute Auslegung soll gemäß § 4a Abs. 3 BauGB verkürzt auf die Dauer von 2 Wochen durchgeführt werden. Stellungnahmen sollen nur zu den geänderten Teilen abgegeben werden können.

Die Beschlussfassung im Wege eines Eilbeschlusses gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW wird erforderlich, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung der dringend benötigten Kindertagesstätte im Stadtteil Meindorf zu schaffen, damit die Baumaßnahmen Anfang 2012 eingeleitet werden können, so dass die Inbetriebnahme dieser Kindertagesstätte spätestens in der 2ten Jahreshälfte 2012 sichergestellt ist.

In Vertretung

Rainer Gleß
Erster Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von

über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.

über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.